

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

12.9.1925 (No. 211)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Nr. 14, Postfach Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3514

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. E. M. Seyfried, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind freier, und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralandreskoffer für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Venezuela

Ein interessanter Bericht aus Caracas schildert die Zustände in der südamerikanischen Republik Venezuela, die bekanntlich unter ihrem Präsidenten Gomez trotz des andauernden Druckes Amerikas und der Entente ihre Neutralität im Weltkrieg aufrecht erhalten hat.

Dieses ist die Ansicht verbreitet, daß die gegenwärtige Prosperität Venezuelas auf 2 Augen ruhe, weil im Falle eines Präsidentenwechsels mit dem Wiederauflaufen der verdrängten inneren Unruhen zu rechnen sei. Erfreulicherweise sind jedoch aus jüngster Zeit verschiedene Tatsachen zu verzeichnen, die geeignet sind, solche Befürchtungen abzuschwächen. In erster Linie handelt es sich um die auf der diesjährigen Kongresssitzung zustandgekommene Revision der Verfassung, deren Ergebnis soeben als neue Konstitution der Vereinigten Staaten von Venezuela verkündet wurde. Die Reform bezieht vor allem, dem Schöpfer und Träger der derzeitigen Friedensära, dem bald 70jährigen Präsidenten Gomez für die verlebenden 4 Jahre seiner 3. Präsidentschaftsperiode die Zeit der Regierung zu erleichtern und den evtl. Übergang der Gewalt an seinen Sohn, den Vizepräsidenten José Vicente Gomez vorzubereiten und sicherzustellen. Ihren karitiven Ausdruck findet diese Tendenz in der dem Präsidenten erteilten Befugnis, den Vizepräsidenten nach freiem Ermessen mit seiner Vertretung zu beauftragen; andererseits soll der letztere künftig das Staatsoberhaupt in Fällen vorübergehender Behinderung vertreten, in denen bisher einer der Kabinettsmitglieder hierzu berufen war. Dies hatte namentlich dann stattgefunden, wenn die Abwesenheit des Präsidenten von der Hauptstadt länger als 25 Tage dauerte; doch war der Fall bisher nicht praktisch geworden, weil General Gomez, dem das Klima von Caracas nicht zusagt, stets vor Ablauf jener Frist aus seiner gewöhnlichen Residenz Maracaibo zu kurzem Aufenthalt nach der Hauptstadt zurückkehrte. Die neue Verfassung räumt überhaupt mit dem veralteten Grundgesetz auf, daß das Land nur von der Bundeshauptstadt aus regiert werden könne, indem sie dem Präsidenten erlaubt, die Regierung von jedem Punkt des Landes auszuüben.

Die Reform beschränkt ihre Fürsorge aber nicht auf die Zentralgewalt. In getreuer Nachahmung des nordamerikanischen, für die hiesigen Verhältnisse absolut ungeeigneten Vorbilds ist Venezuela eine Föderativ-Republik, die aus 20 Staaten, einigen Territorien und dem Bundesdistrikt besteht. Wenn auch der extreme Föderalismus der Verfassung von 1864 mit der Zeit mehrfach abgeschwächt wurde und unter einem fastwollen Präsidenten meist nur dekorative Bedeutung hatte, so befehlen die Einzelstaaten doch theoretisch noch immer eine weitgehende Autonomie, die sich besonders in der Befugnis ihrer Lokalparlamente ausdrückt, die Präsidenten der Staaten zu wählen. Allerdings fiel diese „Bahl“ unweigerlich auf die von Caracas aus designierten Personen, aber trotzdem scheinen in der Zentralregierung Befürchtungen bestanden zu haben, daß im Fall eines von inneren Unruhen begleiteten Präsidentenwechsels ein eingeprägter Provinzgewaltshaber seine staatsrechtliche Unabhängigkeit zur Verwirklichung von Sonderwünschen mißbrauchen könne. Vielleicht hat auch die Befürchtung mitgewirkt, daß die durch die reichen Petroleumumfänge gesteigerte wirtschaftliche Bedeutung, namentlich der westlichen Grenzstaaten dazu führen könnte, daß solche Unabhängigkeitsbestrebungen die Unterjochung interessierter auswärtiger Mächte finden.

Wie dem auch sei, die neue Verfassung hat die Autonomie der Einzelstaaten nicht unerheblich eingeschränkt, nachdem noch die Reform von 1914, durch welche die bis dahin unzulässige erstmalige Wiederwahl des Generals Gomez ermöglicht wurde, die Souveränität der Einzelstaaten scharf betont hatte. Die Reform bedeutet eine wesentliche Machtvermehrung für den Präsidenten der Republik, der nunmehr die Präsidenten der Einzelstaaten ernennen kann. Es spricht für die politische Zuverlässigkeit der bisherigen Staatspräsidenten, daß die meisten von ihnen auf ihren Posten belassen wurden. Aber der Präsident des wichtigsten Grenzstaates Tachira, an dessen Person sich jene vorerwähnten Befürchtungen knüpften, konnte auf Grund seiner Bestimmungen auf legale Weise befeitigt werden. Dies bedeutet eine wahre Erlösung jenes Staates, das durch die rüchloslose Gewalttätigkeit seines Präsidenten verarmt und entvölkert war, indem Tausende seiner Einwohner sich den Erpressungen und Gewaltakten des Vorkatholiken durch die Flucht in das benachbarte Kolumbien zu entziehen genötigt hatten. Auch der Staat Julia (Maracaibo), in dem sich die hauptsächlichsten Zentren der schnell aufblühenden Petroleumindustrie befinden, hat ein neues Oberhaupt an Stelle des unfähigen bisherigen Präsidenten erhalten. Beide so „abgesagte“ Funktionäre sind nahe Verwandte des Generals Gomez, der damit beweist, daß er das Staatswohl über die Familieninteressen zu stellen weiß.

Dat sich General Gomez durch diese neuen Reformen abermals Anspruch auf die Dankbarkeit des Volkes erworben, so gilt dies in erhöhtem Maße für die seiner persönlichen Initiative zuzuschreibende Versöhnungsaktion, die zunächst im Staate Tachira eingeleitet wurde. Diese fruchtbare und gutkultivierte Region der Anden an der kolumbianischen Grenze ist die Heimat sowohl des jetzigen Präsidenten, wie seines Vorgängers Castro, die zusammen im Jahre 1899 den Präsidenten Andrade stürzten und die Herrschaft der „Andinos“ im ganzen Lande begründeten. Nachdem Gomez 1908 an Castros Stelle getreten war und letzterer im Exil vergebliche Pläne zum Sturz seines Landesmannes schmiedete, hatten viele Anhänger Castros sich zu gleichem Zwecke nach Kolumbien begeben. Die Zahl der Unzufriedenen vergrößerte sich immer mehr durch die Selbstherrlichkeit anderer oppositioneller Elemente, bis endlich die erwähnte Schredensherzhaft des bisherigen Präsidenten von Tachira zu einem Waffen-Gedrus führte, so daß die Zahl der in den benachbarten Ge-

bieten Kolumbiens sich aufhaltenden Venezolaner auf über 100 000 angegeben wurde.

Dem praktischen Bild des Generals Gomez konnten die politischen Gefahren dieses Zustandes ebensoviele entgegen, wie die wirtschaftlichen Nachteile, die er für seine geliebte Heimat zur Folge hatte. Der in diesem Frühjahr erfolgte Tod des schon seit Jahren unschuldig gewordenen Castros scheint dem Präsidenten den Gedanken eingegeben zu haben, sein Lebenswerk durch eine Verbannung seiner politischen Gegner zu krönen. In Ausführung dieses Gedankens wurde den Exilierten in Kolumbien die straflose Rückkehr in die Heimat zugesichert und die erforderlichen Maßnahmen zu ihrer Repatriierung getroffen. Im Nationalfesttag (24. Juli), dem Geburtstag des Libertadors Bolivar und zugleich des Generals Gomez, wurden an der kolumbianischen Grenze etwa 5-7000 zurückkehrende Exilierte von den Behörden und einer von Caracas zu ihrer Begrüßung entsandten Sondermission festlich empfangen. Auch über 400 aus den Reihen der Festigung San Carlos bei Maracaibo entlassene politische Gefangene wurden erwartet, so daß jene Tage wirkliche Freudenfeste für die Bevölkerung gewesen sind.

Daß jene Kommission die Reise von Caracas bis zur Grenze, etwa 1250 Kilometer, in wenigen Tagen im Auto auf der neuen Streckenweise über 3000 Meter Meereshöhe sich erhebenden transandinischen Landstraße zurücklegen konnte, erhöht die Bedeutung des Ereignisses. Wenn die Verhältnisse es gestatten, wird General Gomez demnächst selbst diese Autostrecke unternehmen, um seine Heimat Tachira und Maracaibo zu besuchen, wo er jetzt mit doppelter Begeisterung empfangen werden wird. Eine Ausdehnung der Versöhnungsaktion auf das übrige Land ist geplant. Bereits ist eine Anzahl politischer Gefangener auch aus den Gefängnissen von Puerto Cabello und Caracas entlassen und die Freilassung auch der übrigen bis auf einige gefährliche Individuen soll bevorstehen. Man spricht sogar davon, daß das Gefängnis von Caracas, die so genannte „Calle de la Paz“ für so viele Venezolaner traugere Erinnerungen knüpfen, abgebrochen werden soll, um einer „Plaza de la Paz“ zu benehmen. Die Witwe des Expräsidenten Castro ist vor kurzem aus Puerto Rico in Caracas zu bleibendem Aufenthalt eingetroffen. Mit der auf verschiedenen anderen Antillen-Inseln und in den Vereinigten Staaten lebenden Gegnern der Gomez'schen Herrschaft sollen Verhandlungen wegen ihrer Rückkehr nach Venezuela eingeleitet sein. Sollte es gelingen, auch diese Elemente für friedliche Mitarbeit zu gewinnen, so würde das eine weitere Garantie für eine Fortdauer des jetzigen Regimes und seiner Devise „Paz y Trabajo“ (Friede und Arbeit) bedeuten.

Die Sicherheitsverhandlungen

Zu der halbamtlichen Mitteilung, daß in Berlin über die Absichten der alliierten Regierungen in der Frage der Fortsetzung der Verhandlungen über den Sicherheitspakt nichts bekannt sei, und daß keine Einladung in irgend einer Form in Berlin vorliege, bemerkt das „V. F.“ daß überhaupt die gegenwärtige Entwicklung in Genf ohne jede deutsche Einwirkung der Polen und Tschecho-Slowaken vor sich gehe. Die Gesamtsituation hat sich nach der Meinung des Blattes in den letzten Tagen für die deutsche Regierung nicht gebessert. Die polnische und tschechoslowakische Regierung haben es durchgesetzt, daß sie an der Konferenz teilnehmen. Man verflucht die Teilnahme einwilligen noch, indem man die beiden Staaten nur in Angelegenheiten heranziehen will, die sie unmittelbar angehen. Aber die ganze Konferenz erhält dadurch einen anderen Charakter und die Sachlichkeit der Verhandlungen wird durch die Heranziehung nicht gefördert. Reichswehrminister Dr. Stresemann dürfte heute nach Berlin zurückkehren. Staatssekretär Schubert und Ministerialdirektor Gaus begeben sich heute zum Reichsfinanzminister nach Kempten, um ihm über die Londoner Konferenzkonferenz Bericht zu erstatten. Schubert und Gaus werden auch am morgigen Sonntag in Kempten bleiben.

Anherungen Chamberlains

Auf einem Empfang, den am Freitag Chamberlain der Presse gewährt hatte, erklärte Chamberlain auf eine Frage eines englischen Journalisten, wann die Räumung Kölns stattfinden werde:

„Köln wird geräumt werden, sobald Deutschland in der Frage der Entwaffnung seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.“ Der englische Außenminister betonte jedoch, daß er so bald wie möglich aus Köln heraus möchte, und fügte hinzu, hoffentlich würden ihm das die Deutschen recht leicht machen. Das Geheimnis der Einladung an Stresemann zu der geplanten Ministerbesprechung rief bei den Journalisten mancherlei Fragen hervor. Chamberlain sagte dazu nicht viel. Folgendes scheint festzustellen: der Brief ist seit Dienstag fertig; seine Abfertigung würde dadurch verzögert, daß man sich erst auf diplomatischem Wege in Berlin erkundigen wollte, ob auch Herr Stresemann zu der Zusammenkunft der Minister bereit ist; ferner scheint man auf einen Bescheid aus Italien zu warten.

Der Londoner „Daily Telegraph“ will dazu wissen, daß der britische Entschluß feststehe, beim Rheinlandpakt alle Verhandlungen über den Osten auszuschalten. In diesem Punkte stünde auch die öffentliche Meinung Englands hinter Chamberlain.

Zur Lage in Syrien wird gemeldet, daß der Drusenvolkstamm aus seiner Landeshauptstadt Sweida abgezogen sei. Die Krieger der Drusen setzten ihre Angriffe auf die Zitadelle fort, in der sich noch 700 Franzosen befinden, die seit 50 Tagen belagert werden.

Politische Neuigkeiten

Vorgehen gegen die Textilkartelle

Das Vorgehen der Reichsregierung in Bezug der Maßnahmen zur Preislenkung führte, wie B.Z. von zuständigem Stelle im Reichswirtschaftsministerium erfährt, zur Klagerhebung des zuständigen Ministers gegen verschiedene Textilwirtschaftsverbände beim Kartellgericht. Es sind auf diesem Wege auf Grund der §§ 4 und 10 der Kartellverordnung folgende Verbände in Anklagezustand versetzt worden: Verein deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinnereien, Berlin, Verband sächsischer und thüringischer Webereien in Greiz, Verband deutscher Färbereibetriebe, Berlin, Verband deutscher Leinwandwebereien, Berlin, Verband der Großhändler hiesiger Webstoffe und Leinwaren, Berlin, und Verband nordwestdeutscher Baumwollausrüster, Berlin. Das Reichswirtschaftsministerium wendet sich besonders gegen die Valutafakturierung in direkter oder indirekter Form. Die Behörde kann den Standpunkt der Verbände, durch diese Preislenkung angeblich die Währung zu stützen, ebenso wenig anerkennen wie den Einwand der Interessentenkreise, daß die Valutafakturierung mit Rücksicht auf das in der Textilwirtschaft arbeitende fremde Geld notwendig sei. Die in der Textilwirtschaft bei der Dislokation üblichen Mißwirtschaftslagen sind größer als die Belastung für alle Stufen des Warenüberganges durch die Umfahrtsteuer. Wann die Termine vor dem Kartellgericht stattfinden, steht noch nicht fest.

Was die mit den Banken schwebenden eingehenden und dringlichen Verhandlungen über die Zinsfrage betrifft, so ist eine Entscheidung des Kartellgerichts bedenklich, wonach die Berliner Stempelvereinigung nicht als Kartell zu betrachten ist. Analog des § 4 der Kartellverordnung, durch den zwingende Bindungen und Preisbeschlüsse verhindert werden sollen, führt das Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen über die Gestaltung der Kohlenpreise mit den hierfür in Frage kommenden Stellen, z. B. mit dem Braunkohlen-Verband.

Abbau des Reichswirtschaftsrates

Das „Berliner Tageblatt“ weiß aus dem bereits angekündigten Referentenentwurf des Reichswirtschaftsministeriums über die Umwandlung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates in einen endgültigen mitzuteilen, daß die Mitgliederzahl des Reichswirtschaftsrates von 326 auf 126 vermindert werden soll. Zur Beratung von Spezialfragen sollen von Fall zu Fall Sachverständige zugezogen werden. Die Zahl der Abteilungen des Reichswirtschaftsrates die heute drei beträgt, soll auf vier erhöht werden. Im allgemeinen sollen die ständigen Mitglieder sechs Jahre fungieren, ehe sie von der Reichsregierung neu berufen oder von den großen Wirtschaftsgruppen und -verbänden ernannt werden. Die Hauptarbeit des Reichswirtschaftsrates wird nach dem Entwurf in die Ausschüsse verlegt. Die Vollversammlung soll nur in Ausnahmefällen zusammentreten.

Schiedspruch bei der Reichsbahn

Die unter dem Vorsitz Dr. Stenzel gebildete Schlichtungskammer hat am 10. September im Reichsarbeitsministerium verhandelt. Am 11. September gegen 1 Uhr morgens ist ein Schiedspruch gefällt worden, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist: Die bisherigen Grundlöhne bleiben mit den von der deutschen Reichsbahngesellschaft vorgenommenen Änderungen bis auf weiteres bestehen. Bezüglich der Ortslohnzulagen wird den Parteien auszugehen, besondere Härten in Einzelfällen noch durch Vereinbarungen auszugleichen. Die Schlichtung wird ab 1. September von 10 Pfg. auf 20 Pfg. erhöht. Die Erklärungsfrist für diesen Schiedspruch ist auf 15. September mittags 12 Uhr festgesetzt. Laut „Vorwärts“ haben die Reichsarbeiterorganisationen am Freitag den Schiedspruch über die Neuregelung der Löhne bei den Reichsarbeitern zwar für völlig unbefriedigend erklärt, jedoch der augenblicklich für die Reichsarbeiter schwierigen Arbeitsverhältnisse ihre Zustimmung gegeben. Die Erklärung der Eisenbahnerorganisationen zu dem Schiedspruch für die Eisenbahnarbeiter wird erst heute dem Reichsarbeitsministerium zugehen. Wie den Mätern zufolge bestimmt verhandelt, werden die Arbeiter den Schiedspruch ablehnen, sollte der Schiedspruch jedoch auf Antrag der Reichsbahngesellschaft für verbindlich erklärt werden, so werden sich aller Voraussicht nach, auch die Eisenbahner augenblicklich damit abfinden.

Die Auswanderung nimmt wieder zu. Die überseeische Auswanderung nimmt wieder zu. Im ersten Halbjahr 1925 war sie auf 21 303 gesunken, stieg 1923 auf 40 872, um 1924 auf 30 871 zurückzugehen. 1925 ist sie aber wieder auf 32 750 gestiegen. Von Januar bis März war sie gegen das Vorjahr beträchtlich zurückgegangen, von 18 768 auf 14 845. Die Abnahme wurde aber im zweiten Viertel des Jahres mehr als ausgeglichen, besonders im Mai mit 7 305. Im ersten Halbjahr ging sie um etwa 10% auf 15 058 zurück in Bayern, Württemberg, Baden und Thüringen nahm sie durchschnittlich um 10-15 Proz. zu. Über Bremen gingen im zweiten Vierteljahr 7 648, über Hamburg 8 467 und über fremde Häfen 1490 Auswanderer in das Ausland.

Die amerikanische Anleihe der Rentenbank-Kreditanstalt. Die Rentenbank-Kreditanstalt wird am heutigen Samstag in einer Plenarsitzung über das Abkommen mit den amerikanischen Kreditgebern betreffend eine 25 Millionen Dollar-Anleihe beschließen. Sollte der Beschluß die Zustimmung zu dem Abkommen ergeben, so soll am Sonntag die Paraphierung der Beträge und alsdann die Subskription der Anleihe am Dienstag in New-York erfolgen. Am Tage nach erfolgter Zeichnung soll darauf der Anleiheerlös von 25 Millionen Dollars nach Berlin zu neuen Händen überwiesen werden.

Der Krieg in Marokko

Der Beginn der französischen Offensive in Marokko wird jetzt durch amtliche Meldungen bestätigt. Die Franzosen sollen auf den beiden Flügeln der Front nördlich des Ouzgha zum Angriff übergegangen sein und einerseits Tersonal, andererseits Tafraut überschritten haben. Während Marschall Fétain die militärische Leitung weiter innehaben wird, wird sich Marschall Lyautey lediglich auf die politische Leitung beschränken. Er wird also im Falle des Erfolges der französischen Offensive die Friedensverhandlungen zu führen haben.

Madrid, 12. September. Das gemeinsame Vorrücken der Truppen im Ouzgha-Gebiet ist von Erfolg getragen gewesen und hat es den französischen Truppen ermöglicht, auch die nördlichen Anhöhen vom Ouzgha und den Grenzposten im Gebiet der Beni Zerual zu besetzen. Die Lage an der Ouzghafront ist außerordentlich günstig. Überall haben die französischen Truppen, von Artillerie lebhaft unterstützt, ihre Ziele erreicht und den sich ihnen entgegenstellenden Widerstand überwunden. Der Feind zieht sich rasch nach Norden zurück. Die Truppen des Generals Villotte rücken an der Front von Taura vor und haben in Sier wieder Fuß gefaßt. General Naulin ist in Tanaut angekommen. — Nach einer Sabas-Meldung aus Madrid soll Abd el Krim nach Sidi Ocher geflüchtet sein.

Über den Fortgang der spanischen Offensive verläutet trotz langatmiger Meldungen nichts.

Kurze Nachrichten

Der preussische Innenminister Severing besuchte am Freitag Duisburg, um die Sicherheitspolizei zu inspizieren. Nach einer längeren Unterredung mit Oberbürgermeister Dr. Jares und anderen führenden Persönlichkeiten der Verwaltung im Rathaus begab sich der Minister zum Realgymnasium, wo die Schupo, die Schutz- und die Kriminalpolizei Aufstellung genommen hatten. Der Minister dankte ihnen für die schweren Dienste, die sie in der Zeit der Besetzung geleistet hatten.

Ein deutscher Reichskriegertag. Der Ruffhäuserbund veröffentlicht einen Aufruf, wonach auf Beschluß der Vertreterversammlung und des Gesamtvorstandes des westdeutschen Reichskriegerbundes gleichfalls vom 17.—19. Oktober in Leipzig unter dem Namen „Erster deutscher Reichskriegertag“ zum erstenmal eine gemeinsame Veranstaltung aller Länder stattfinden soll.

Abreise der polnischen Delegation nach Berlin. Am heutigen Samstag erfolgt in Warschau die Abfahrt der polnischen Delegation zu den neuen Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin. Innerhalb der Delegation ist keine Veränderung eingetreten. Der Vorsitzende der Delegation ist nach wie vor Dr. Brondzynski.

Der Streik der französischen Bankbeamten nähert sich nun tatsächlich seinem Ende. Die einzelnen Banken haben sich bereit erklärt, zu den in der vorigen Woche bekanntgegebenen Bedingungen das Personal wieder einzustellen. Die Wiederannahme der Arbeit ist im Gange.

Gustav Kadelburg †. In Berlin ist der Lustspielautor Gustav Kadelburg im Alter von 74 Jahren gestorben.

Die Prohibitionsbewegung in Deutschland

Die „Abendpost“ in Chicago, eine der führenden Zeitungen in Amerika, veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 17. Juli nachstehende Ausführungen:

„Nun ist es tatsächlich soweit gekommen, daß der deutsche Reichstag sich offiziell mit der Prohibitionsfrage beschäftigt hat. Es ist ihm eine Petition mit etwa einer halben Million Unterschriften überreicht worden, in der die Annahme eines Prohibitionsgesetzes vorgeschlagen und empfohlen wird. Die sofortige Einführung vollständiger Prohibition von Reichs wegen bezweckt die Petition allerdings nicht. Die Prohibitionsanhänger beabsichtigen offenbar, in Deutschland die gleiche Politik zu verfolgen, die sich in den Vereinigten Staaten so trefflich bewährt hat. Man fordert das Volk zunächst mit dem Verlangen nach „local option“ (Gemeindebestimmung). Das ist der erste Schritt, dem die weiteren dann nach amerikanischem Muster folgen sollen, bis eines schönen Tages sich wie hier eine günstige Gelegenheit zur Abrumpelung des Volkes ergibt, die dann von den Fanatikern natürlich prompt ausgenutzt wird.“

Nach der Gemeindebestimmung soll jeder kleinste politische Bezirk für sich selbst entscheiden, ob Herstellung, Verkauf oder Genuß geistiger Getränke innerhalb der Grenzen seiner Jurisdiktion gestattet oder verboten sein soll. Leider wird sich die Prohibition in Deutschland auf eine derartige Gesetzgebung nicht beschränken. Sobald das „Gemeindebestimmungsrecht“ erreicht ist, werden die Prohibitionsisten ihr Ziel um ein Loch weiter stecken, und so fort, bis sie die persönliche Freiheit genau so manifest geschlagen haben, wie es in den Vereinigten Staaten geschehen ist. Denn es liegt im Wesen der berufsmäßigen Reformen, nie mit dem, was sie erreicht haben, zufrieden sein. Ihnen ist nicht wohl, wenn sie ihren Mitmenschen nicht immer wieder neue Vorschriften bezüglich ihrer Lebensweise machen können. Die Prohibition ist ihnen also nicht Selbstzweck, sondern bloß ein Mittel, ihren Mitmenschen die eigene willkürliche oder eingebildete oder auch bloß anderen vorgefaßte Weltanschauung aufzuzwingen.

Aus diesem Grunde beginnt der Kampf gegen die Prohibition mit dem Kampf gegen das „Gemeindebestimmungsrecht“. Hier in Amerika hat man das leider viel zu spät eingesehen, und infolgedessen sind heute die Bundes- und Staatsgefängnisse überfüllt mit Leuten, die als Opfer des Prohibitionsgesetzes anzusehen sind, die niemals auf verbrecherische Bahnen getrieben worden wären, wenn das nicht zu unüberbrückenden Verlangen des Menschen nach Spirituosen und die Unmöglichkeit, es auf gesetlichem Wege zu befriedigen, sie nicht auf Abwege gebracht hätten.

Es steht Amerikanern im allgemeinen nicht zu, den Deutschen unerbittliche Ratsschläge zu erteilen; aber wenn zu weilen eine Ausnahme in dieser Regel gestattet ist, so wäre in diesem Falle die passende Gelegenheit dazu. Bevor der Reichstag sich näher mit dieser Petition befaßt, bezu. ihr Folge gibt, tät er gut daran, eingehende Untersuchungen über die Ergebnisse der Prohibitionsbewegung in anderen Ländern zu veranstalten. Holt er sich diese Auskunft jedoch bloß von den Regierungen der von den Prohibitionsisten tyrannisierten Ländern, so wird seine Information unvollständig und einseitig bleiben. Um die volle Wahrheit über den Segen der Prohibition zu erfahren, muß er schon beide Seiten hören, die Regierenden, die wohl oder übel der Prohibition das Wort reden müssen, und auch die Regierten, von denen der größte Teil die Prohibition als den übelsten Anheißer erkannt hat, der die Menschheit seit langem in seinen Klauen gehält hat, der die Menschen zu Diebstahl, Entlohnungen und Gefährdungen gemacht hat. Man überlege es sich darum reichlich in Deutschland, ob man sich Amerika gerade in dieser Beziehung zum Muster nehmen will, und erkläre sich, bevor man die eigene Hand ins Feuer steckt, wie denen zumute ist, die sich bereits die Finger daran verbrannt haben.

Badischer Teil

Vom Landtag

Wie verläutet, werden die Landtagsausschüsse am Dienstag, den 22. September, ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Das Plenum dürfte in den ersten Tagen des Oktobers wieder zusammenreten.

Änderung der Beiträge zur Invalidenversicherung

Alle Arbeitgeber — besonders auch die Hausfrauen, die Dienstmädchen, oder Wäscher, Putzfrauen, Näherinnen u. a. Beschäftigten — werden auf die in diesem Blatte unter den amtlichen Bekanntmachungen veröffentlichten Beitragsänderungen für die Invalidenversicherung besonders hingewiesen. Die Änderung tritt am 28. September 1925 in Kraft. Es empfiehlt sich, die Bekanntmachung sorgfältig zu beachten und aufzubewahren, damit die Arbeitgeber sich vor Schäden und Strafen schützen. Da die Beitragsentrichtung zur Invalidenversicherung nach dem Gesetze ganz in die Hand der Arbeitgeber gelegt ist, müssen diese für stets rechtzeitige und richtige Marktenklebung sorgen.

Die bisherigen Marken gelten nur noch bis 27. September 1925 und werden nur noch bis 15. Oktober 1925 bei der Post ausgegeben. Nach diesem Termin müssen die neuen höheren Beiträge auch für rückliegende Zeiten entrichtet werden. Deshalb ist rechtzeitiger Ankauf der Marken besonders wichtig. Alte Marken dürfen für die Zeiten nach dem 28. September 1925 nicht mehr geltend gemacht werden.

Künftig wird nicht nur unterlassene oder verspätete, sondern auch zu niedere Beitragsleistung bestraft. Neueingestellte müssen ihre Quittungskarten sofort dem Arbeitgeber abgeben, letzterer muß spätestens nach 8 Tagen die etwaige Unbedingtheit der Quittungskarte dem Bürgermeisterrat anzeigen (in Karlsruhe-Stadt dem städt. Sekretariat für Arbeiterversicherung, Böhlingerstraße 96 II). Dort findet auch der Umtausch der vollgeliebten Marken statt.

Ausstretende müssen ihre Quittungskarten, richtig und vollständig besetzt, gleich beim Austritt am besten gegen Unter schrift) ausgehändigt bekommen. Gehehen Quittungskarten durch Verlust der Arbeitskarte verloren, muß dieser u. U. alle in der Karte geltend gemachten Marken auf seine Kosten nachliefern.

Auch bei nur ganz vorübergehender Beschäftigung muß geltend gemacht werden. Neben hohen Strafen kann der Arbeitgeber, wenn eine ungenügende Marktenklebung bei dem Antrag auf Rente vorliegt, und die Rente deshalb abgewiesen werden müßte, zur Zahlung der lebenslänglichen Rente an den Versicherten verurteilt werden.

Die Beitragswoche für die Invalidenversicherung beginnt mit dem Montag. Alle geltenden Marken müssen durch Aufschrift des Sonntagsdatums für die abgelaufene Woche entwertet werden (s. B. für Montag, den 21. September bis Sonntag, den 27. September mit „27. 9. 25“). Dadurch kann auch später festgestellt werden, wer die Beiträge geltend hat und wer etwa nicht. Auch wenn die Beschäftigung gegen Entgelt nur einen oder einige Tage der Woche dauert, oder der Eintritt erst nach dem Montag erfolgt ist, muß eine Wochenbeitragsmarke geltend gemacht werden.

Betriebe, deren Zahltagsschluß s. B. auf Mittwoch festgesetzt ist, können bei neuereintretenden Arbeitern für die Resttage der Eintrittswoche (Donnerstag bis Samstag) eine besondere Beitragsmarke und entwerfen diese mit dem Sonntagsdatum, das in Mitte der Zahlungsperiode liegt. Für den Rest der ersten Zahlungsperiode (Montag bis Mittwoch) und für jeden fünfjährigen Zahltag ist dann mit dem jeweils folgenden Sonntagsdatum zu entwerfen.

Es darf nicht übersehen werden, daß zu dem Bruttowochenverdienst die Zulagen aller Art und Trinkgelber gehören, sowie der Wert der Sachbezüge, der Wert von besonderen Zuwendungen und die Anteile der Versicherten an der Sozialversicherung, sofern letztere auch vom Arbeitgeber mitbezahlt werden.

Die Beitragsklebung wird ständig und unermüdet durch Kontrollbeamte überwacht. Die Quittungskarten, Lohnaufzeichnungen und Ein- und Austrittsmeldungen müssen deshalb stets zur Einsichtnahme bereit liegen. Wo dies nicht der Fall ist, erfolgt Vorladung vor den zuständigen Kontrollbezirk.

Nähere Auskunft und Beratung erteilen die Bürgermeisterämter und deren Sekretariate bzw. Arbeitsämter, das Bezirks-Versicherungsamt, die Landesversicherungsanstalt Baden, Karlsruhe, Kaiserallee 8, und der Kontrollbezirk VI der Landesversicherungsanstalt Baden, Karlsruhe, Kaiserallee 8. Letzterer hat Sprechstunden nur Montags von 8—12.30 Uhr.

Der deutsche Notartag in Heidelberg

Dr. Heidelberg, 11. Sept. Der Deutsche Notariatsverein, der am 11. und 12. d. M. seine 11. Tagung in Heidelberg zugleich mit der 25jährigen Gründungsfeier des Deutschen Notariatsvereins und des Badischen Notariatsvereins bezieht, wurde am Donnerstag mit einem wohlgeleiteten Begrüßungsabend eingeleitet und am Freitag früh bei großer Beteiligung eröffnet. Der Eröffnungsfeier wohnten von der badischen Regierung der Justizminister Trunk, Finanzminister Dr. Köhler und Ministerialrat Siefer.

Der Vorsitzende des Deutschen Notariatsvereins Elze-Berlin sprach ein Willkommenswort und begrüßte besonders die vielen Ehrengäste, unter denen sich auch die Oberlandesgerichtspräsidenten von Baden und Braunschweig und Vertreter aus Österreich und der Tschechoslowakei befanden. Geheimrat Elze führte u. a. aus: Die Notare seien berufen und verpflichtet für die Allgemeinheit Eintracht und Gerechtigkeit zu pflegen.

Mit Glück- und Segenswünschen eröffnete er die Tagung, die in gleicher Weise von Justizminister Trunk begrüßt wurde. Dieser betonte die Stellung Badens als deutscher Bahnhofs für die Deutschen im Westen. Mit dankbarer Anerkennung gedachte er der Bedeutung des deutschen Notar für das deutsche Volk, für die Wirtschaft und den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Die badische Regierung sei gerne bereit, die Bestrebungen der Notare zu unterstützen.

Oberbürgermeister Dr. Walz-Heidelberg begrüßte die Tagung im Namen der Stadt. Ferner sprachen die Vertreter des Deutschen Notariatsvereins, des Deutschen Anwaltsvereins, der Berliner Handelskammer und der Vorsitzende des Badischen Notariatsvereins. Besonders herzlich begrüßt wurden die Vertreter der österreichischen Notare und des Deutschen Notariatsvereins und des Notariatsvereins der Tschechoslowakei.

Nach den Dankesworten des Vorsitzenden wurde in die Eröffnung des geschäftlichen Teils eingetreten. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß es sich in den letzten Jahren darum handelte, die wirtschaftliche Lage des deutschen Notariats den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Erstrebenswert sei, daß das Notariat überall das Monopol für die Verordnungen habe. — Bezüglich des Unterstützungsfonds wurde bekannt gegeben, daß für diesen bereits ein Bezugs von 50.000 Mark abgeführt worden sei.

Hierauf hielt Notar Kellner einen ungemein inhaltsreichen Vortrag über die Wahl der Geschäftsform unter der neuen Steuergesetzgebung. Die auf ein gründliches Vertrautsein mit dem Fragenkomplex der gesamten neuen Steuergesetzgebung basierenden Ausführungen gipfelten darin, daß nach dem Gesetze für Zwischenhandelsgesellschaften und G. m. b. H. bestehen können und daß zwischen beiden steuerlich kein Unterschied sei. Wichtig ist heute den Weg zu finden, der zu einer Ergänzung des Kapitals führen kann.

Nach dem Vortrag wurde in die Beratung der neuen Satzungen eingetreten, die nach lebhafter Aussprache nach einigen Änderungen angenommen wurden. Einer der wichtigsten Punkte ist die Verlegung des Vereinsitzes von Heidelberg nach Berlin zur Erleichterung der Geschäftsführung.

Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Neu hinzugewählt wurden: die Geheimräte Koopferd-Coblenz, Richter-München, Wiegels-Köln und Sternberg.

Dr. Schöfer zur badischen Politik

Der „Bad. Beobachter“ bringt zusammenfassend nach einmal den Gedanken aus der Rede des Führers des badischen Zentrums, Abg. Dr. Schöfer über die badische Politik, die er auf dem Parteitag in Offenburg hielt:

Am häufigsten werde er nach der kommenden Koalition im Lande Baden gefragt. Daraus schloß er, daß der Parteitag auch eine Antwort in der Sache haben müßte. Er er jedoch auf die Frage selbst eingehe, müßte er einige grundsätzliche Gedanken zur besagten Sache aussprechen. Nicht nach dem Gefühl, sondern nach Grundsätzen müßte man die Angelegenheit beurteilen und behandeln. Vor allem komme es auf das Ziel an, das man im Auge behalten müsse; dieses aber liege in der ruhigen und geordneten Weiterentwicklung unserer badischen Heimat. Dieser Aufgabe zu dienen, sei der Sinn jeder vom Zentrum gewollten Koalition.

Das zweite, was im Hinblick auf dieses Ziel bei der Koalition in Frage komme, das seien die Partner. Hier stünden zwei Faktoren in Betracht: einmal die Stärke und zwar die physische und die moralische; dann aber auch der Wille des Partners und seine politische Ethik, vor allem auch seine Zuverlässigkeit. Diese Gedanken seien nicht nur für das Zentrum maßgebend, auch andere Parteien müßten mehr oder weniger darauf bedacht sein; sie seien aber für das Zentrum selbst um so wichtiger, als die Last der Verantwortung an erster Stelle seiner Entscheidungsgründe stehen müsse. Nach diesem Grundgedanken sei man in der Fraktion des Landtags bisher schon verfahren. Im kommenden November sei darauf zu achten, wieder eine Koalition für Baden zu errichten, die auf ein ähnliches Ergebnis reflektiere und zwar durch ihren Geist und ihre Taten. Welches näherhin diese Koalition sei, das vermöge der Redner heute noch nicht zu sagen; denn der 25. Oktober mahne zur Vorsicht. Niemand wisse, welches Resultat er bringe und welche Möglichkeiten er schaffe. Diese Vorsicht schloß indes nicht aus, daß auch hier die Gedanken zollfrei seien! Der Herr Landtagsabgeordnete Schöfer vom Landbund habe jüngst die Absicht ausgesprochen, das Steuer des badischen Staatschiffes solle nach rechts herumgedreht werden. Diese Absicht auf der Seite Lüne gar nicht überlassen. Allein im Zentrum sei man der Ansicht, das Gerumdrüben des badischen Staatschiffes nach rechts wie nach links liege nicht im Interesse der badischen Heimat. Solche politische Bräutereien können leicht zum Schaden und so zum Unheil führen. Das alte Reich habe in seiner letzten Geschichte warnende Momente genug dafür.

Zu den badischen Landtagswahlen

In 21 Landtagswahlkreisen wurden vom Zentrum an 1. Stelle platziert: Bischofsheim Dr. Köhler in Freiburg, Landwirt Fischer in Unterachringen und Textilarbeiter Burger in Maulburg; im vierten Wahlkreis Justizminister Trunk in Karlsruhe, Stationsvorstand Seuber in Rippheim, Ministerialrat Dr. Baumgartner in Karlsruhe, Bürgermeister und Landwirt Engelhart in Ruppbad, Regierungsrat Eichenlaub in Karlsruhe, Landgerichtsdirektor Egler in Offenburg, Rechtsanwalt Dr. Kehler in Karlsruhe, Professor Herr in Baden-Baden; im siebten Wahlkreis Prälat Dr. Schöfer in Freiburg, Landesökonomierat Sack in Laubersheim, Oberjustizinspektor Schneider in Heidelberg, Landwirt Hed in Geroltsheim, Gewerkschaftssekretär Hartmann in Heidelberg und praktischer Arzt Dr. Fischer in Sinsheim.

Die „Bad. Presse“ berichtet unter der Überschrift: „Gemeinsame Kandidatenliste der Deutschen Nationalen und des Landbundes“. Die Besprechung zwischen der Deutschen Nationalen Volkspartei und dem Landbund über die Bildung eines Reichsbundes für Baden und die Verhandlungen über die Besetzung der Kandidatenliste sind beendet.

Wie aus Freiburg gemeldet wird, wird der zum Landbund gehörige bisherige Abgeordnete, Bürgermeister Öhr-Deuweiler, nicht mehr kandidieren. An seiner Stelle soll der Bezirksvorsitzende des Landbundes für den Bezirk Bonndorf, Franz Wert-Signau als Kandidat für die Landtagswahlen aufgestellt worden sein.

Tagungen

Der Landesverein Badische Heimat e. V. wird im Frühjahr 1926 in Konstanz seine dreitägige Landesversammlung abhalten. Eine Dampferfahrt wird die Teilnehmer auch nach Reichenau und Radolfzell bringen. Der Verein setzt sich ein für Heimatpflege und Denkmalpflege, für die Erhaltung von Sitten und Brauch, für Volkslieder, Familienforschung, für Entfaltung von Kunst und Schönheit.

Der Berliner Haushalt 1925. Nach der Verabschiedung durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung balanciert der Berliner Haushalt 1925 im Ordinarium (Anleihe und Hausbank) mit rund 61 Millionen. Gegenüber dem Vorjahre ist dies eine Steigerung um rund 23 Proz. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 325 Millionen (Steigerung um 21 Proz. gegenüber dem Vorjahr). An der Aufbringung des Bedarfs sind die städtischen Werke mit 28 Millionen beteiligt, d. i. rund 9 Proz. gegenüber 4 Proz. 1924. Von dem Gesamtbetrag entfällt der größte Teil mit 26 Proz. (1924 26 Proz.) auf die Interkommunalverwaltung, fast ebenfalls, nämlich 24 Proz. (1924 18 Proz.) auf die allgemeine Wohlfahrt. Der Anteil der Verwaltungskosten für 1924, der 1924 18 Proz. ausmachte, ist auf 13 Proz. zurückgegangen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 8 Uhr morgens. Die Ostseehölle ist in östlicher Richtung weitergezogen und liegt heute bei Wilna. Größere Druckstörungen aus der inneren Peripherie haben heute morgen in Baden vielerorts zu Niederschlägen geführt. Da im Westen der Druck auch weiterhin gestiegen ist, wird Deutschland voraussichtlich in einiger Zeit unter den Einfluß des westlichen Hochs gelangen. Wegen weiteren Einfließens kalter und feuchter Luft aus dem Norden ist jedoch für Baden mit weiterer Wolkenbildung und Regenschauern zu rechnen. Voraussichtliche Witterung am Sonntag: kühl und wolfig, streichweise Regenschauer; für Montag: Allmähliche Aufhellung.

Gemeinde-Rundschau

Die Erweiterung des Karlsruher Rheinhafens

beschäftigte den Bürgerausschuß Karlsruhe am Freitag Abend. Die in ihren wesentlichen Einzelheiten von uns bereits mitgeteilte Vorlage auf Erbauung eines fünften Hafendeckens und Erweiterung des Stichtals wurde einstimmig die damit verbundene Vorlage auf Beteiligung an der Auslandsanleihe der badischen Städte bis zum Betrag von 4 Millionen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Das neue Hafendeck soll vom Stichtal abgewandt sich in etwa 1200 Meter Länge gegen Darzanden zu erstrecken. 1913 hat der Hafen mit einem Umschlag von fast 1,5 Mill. Tonnen einen Überschuß von 17 000 M. erbracht. Der Umschlag ist 1924 wieder auf 1,12 Mill. gesunken, und der Anstieg hat trotz der Wirtschaftskrise weiter angehalten.

Oberbürgermeister Dr. Winter erstattete ein längeres Referat, in dem er darauf hinwies, daß die Ausführung des Projekts selbst mit der Vorlage noch nicht beschlossen werde, aber sie werden kommen müssen. Er stehe nicht an, das Bedenken darüber auszusprechen, daß mitten im Jahre in solch einschneidender Weise durch das Verteilungsgebot in die Finanzen der Gemeinden eingegriffen worden sei, so daß man nicht hoffen könne, aus der Wirtschaft der nächsten Jahre auch nur einen kleinen Betrag dafür freizumachen. Es komme, was die Wirtschaftskrise anlangt, darauf an ob wir an die Zukunft des deutschen Volkes glauben. Er glaube an den Wiederaufstieg Deutschlands in erster Linie mit Hilfe der Industrie. Auch die Handels- und Industriezeitung Karlsruhe werde daran teilhaben, wenn sie sich rechtzeitig dazu in die Lage versetze. Wir müssen versuchen, das große Projekt in Angriff zu nehmen, unter der Voraussetzung, daß wir die Mittel dazu auf dem Weg der Anleihe aufzurufen.

Nachdem der Obmann des Stadtvorstandes vorstehend die Vorlage befürwortet hatte, trat auch namens des Zentrums Stadtd. Weimann dafür ein, daß Karlsruhe seine Rolle als Industrie- und Handelsstadt erkennen müsse und sich nicht mit dem Schicksal einer abgebauten Meßing zufrieden geben dürfe. Stadtd. Lang (Dt. Pp.) gab für seine Fraktion gleichfalls die Zustimmung. Es liegen bereits Vorberichtigungen der Industrie auf neue Klage vor. Die Handelskammer nehme gleichfalls eine zukunftsreiche Haltung ein. Karlsruhe könne sich nur als Industrieort entwickeln und müsse an seinen Aufstieg glauben. Stadtd. Westenselber (Komm.) verlangte, daß die Stadt die Arbeiten in eigener Regie übernehme und in erster Linie Arbeiter aus der Stadt Karlsruhe verwendet werden. Der Redner nannte die Anleihe eine kleine Dames-Anleihe und befragte sie. Stadtd. Veeg (Soz.) stimmte der Vorlage zu und mit Rücksicht auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Bedenken, die bestehen, müsse man ins Auge fassen. Die Rheinseifahrt sei heute noch sehr geschwächt, die Rheinregulierung Straßburg-Basel könne über eine gewisse Heilperiode sich nachteilig für Karlsruhe bemerkbar machen. Die Konkurrenz der Eisenbahn sei infolge der neuen Zusammenfassung der Reichsbahngesellschaft mehr als je vorhanden. Aber man müsse die Produktion der Industrie u. a. auch durch gute und billige Verkehrsleistungen verbilligen; außerdem müsse Karlsruhe infolge der Konkurrenz anderer Städte nach vorne gehen. Stadtd. Steinwäz (Wirtsch. Pp.) erklärte, gegen die Vorlage sprächen die mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnisse, für die Vorlage aber die Konkurrenz vor allem Mannheims, die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, weshalb er ebenfalls für die Annahme sei. Ebenso spricht sich Stadtd. Lang (Dt. Natl.) für die Vorlage aus. Der Ausbau sei auch notwendig, weil die Firmen im Rheinhafen benutzbar seien. Bei der Ausführung des Kanals sollte auch die Vergrößerung der Tronngänge der Schiffe berücksichtigt werden. Der Redner sprach auch für die Erbauung der festen Rheinbrücke. — Nach weiterer Debatte erfolgte die oben mitgeteilte Abstimmung.

Der Bürgerausschuß stimmte ferner einer Abänderung der Rubrikordnung für die Gemeinbediensteten, die darin besteht, daß künftig die Arbeiter bei Eintritt des Versorgungsfalles nicht mehr an eine Besoldungsgruppe der vergleichbaren Beamten angepaßt werden, sondern daß der Arbeitsverdienst die Grundlage der Berechnung bilden soll, einmütig zu. Auf eine parteipolitische Anregung, daß bei der Zurücksetzung Kriegs- und Unfallrenten angerechnet werden, wenn das Einkommen 75 v. d. d. des Jahresdienstes übersteigen sollte, wies Bürgermeister Sauer darauf hin, daß nur die Hälfte angerechnet werde, daß die Rubrikordnung auf einer Vereinbarung der bad. Gemeinden mit den Arbeitnehmern beruhe und auch für letztere eine einheitliche Regelung für das ganze Land wünschenswert sei. Bürgermeister Sauer stimmte ferner einer Anregung bei, die Anrechnung der Schicksalulagen zu. Die Stadt hat gegenwärtig 139 pensionierte Arbeiter.

Die Vorlage, betr. den Wohnungsbau im Jahre 1925, wonach mit dem Gesamtbetrag von 3 800 000 M. bis zum Ende dieses Jahres 520 Wohnungen fertig gestellt werden sollen, wurde einstimmig angenommen. Wie Bürgermeister Schneider mitteilte, fehlen in Karlsruhe immer noch 2000 Wohnungen. Zurzeit sind in Karlsruhe 44 Familien obdachlos. Im Jahre 1924 ist ein Mehrbedarf von 576 Wohnungen eingetreten, es wurden aber nur 368 Wohnungen fertig gestellt. Der Wohnungsmangel hat sich also noch verschärft. Im 1. Halbjahr 1925 sind 271 Wohnungen notwendig geworden, es wurden aber nur 182 fertig gestellt. Immerhin sind wir jetzt so weit, daß wir sagen können, wir decken ungefähr den jährlichen Bedarf von 550 Wohnungen.

Eine weitere Vorlage sah eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadträte auf jährlich 1200 M. vor (bisher 800 M.). Stadtd. Bauer (D. V.) wendet sich gegen die Vorlage. Der Aufwand für die Stadträte betrage 92 000 M. Das sei doch genug. Das Stadtkollegium sei ein Ehrenamt.

Die Demokraten stellen den Antrag die Erhöhung nicht mit Rückwirkung vom 1. April eintreten zu lassen. Nach weiterer Debatte wird die Vorlage mit Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag der Rückwirkung vom 1. April, nachdem Bürgermeister Sauer mitgeteilt hat, daß Mannheim seinen Stadträten 2100 M. zahlt.

Der Fleischverbrauch in Mannheim. Wie das Städtische Nachrichtenamt berichtet, sind nach den Feststellungen der Direktion des Schlacht- und Viehhofs im 1. Vierteljahr 1913 geschlachtet worden: 4387 Großvieh, 5851 Kälber, 989 Schafe, 16 462 Schweine, 233 Ziegen, 448 Ferkel, Ferkel und Lämmer, 118 Pferde, zusammen 28 488 Stück. Das Gesamtgewicht der Schlachtungen war 2 618 476 kg; hierzu kamen noch 12 837 kg eingeführtes Fleisch, ferner vom Ausland bezogen 484 203 kg Fleisch, so daß sich der Gesamtverbrauch auf 3 115 516 kg belief. Der tägliche Verbrauch betrug bei einer Einwohnerzahl von 218 137 im Januar 1913 pro Kopf 172 Gramm, im Februar bei einer Einwohnerzahl von 218 793 168 Gramm, im März bei einer Einwohnerzahl von 219 434 164 Gramm. Im 1. Vierteljahr 1925 wurden 2945 Stück geschlachtet (4530 Großvieh, 6863 Kälber, 1248 Schafe, 13 081 Schweine, 88 Ziegen, 84 Ferkel und Lämmer, 81 Pferde). Der Gesamtverbrauch war 3 061 146 kg (2 617 717 kg Gewicht der Schlachtungen, 32 406 kg eingeführtes Fleisch, 410 923 kg Auslandsfleisch). Der tägliche Fleischverbrauch stellte sich im Januar 1925 auf 128 Gramm pro Kopf, im Februar auf 123 Gramm und im März auf 164 Gramm.

Bürgermeisterwahl in Dellenheim (Amt Überlingen). Nach Rücktritt des seitherigen Bürgermeisters Kreger am 1. August war Bürgermeisterwahl notwendig geworden, die am letzten Sonntag stattfand. Mit großer Mehrheit wurde bereits im ersten Wahlgang der Landwirt und Gemeinderat Josef Müller gewählt.

Vom Reiterhofenbau. Über den Umfang der im Hofen von Reiterhofen nötigen Baggerungen kann man sich ein Bild machen, wenn man hört, daß das Rheinbauamt Offenburg für ca. 400 000 ehm Ries Abnehmer sucht. Ab 1. Januar 1926 sind täglich einige hundert ehm verfügbar. Der Rheinfließ eignet sich nicht nur zur Auffüllungen und Bauzwecken, sondern wie kürzlich von Bauwerksverständigen betont wurde, auch als Straßeneinlage.

Erstlichung von Baugelände in Mühlheim. Wie verlautet, hat die Stadt Mühlheim den großen Planenborn'schen Garten an der Badstraße käuflich erworben. Der ca. 120 ar große Park soll zum Bau von Wohnungen aufgeteilt werden. Man vermehrt ferner, daß durch dieses neu erworbene Gelände eine Straße, die die Badstraße mit dem ehem. Viehmarkt-Platz (Oberen Brühl) verbinden soll, neu erstellt werden wird.

Offenburg und die Auslandsanleihe. Der gemischt-beschließende Ausschuß der Stadt Offenburg beschloß in seiner letzten Sitzung einstimmig, sich an der Gemeinschafts-Auslandsanleihe des Badischen Städtebundes zu beteiligen und ein Darlehen von 300 000 Mark für verbundene Zwecke aufzunehmen. Wie verlautet, ist es der Girozentrale gelungen, in England einen Kredit von 1,5 Millionen aufzunehmen, welche zu der günstigen Bedingung von 7 Proz. verzinst werden müssen. In dieser Summe teilen sich verschiedene Städte. Der Auszahlungskurs ist 86,5 Proz. des Nennwerts, die Kündigung für den Kreditnehmer ist jährlich, für den Geldgeber hat sie nach 25 Jahren zu erfolgen.

Kinderechtheitsheim in Freiburg. Die Stadt Freiburg hat ihre Fürsorgeeinrichtung durch ein neues Heim vermehrt. Das bekannte Gasthaus Friedrichshof am Vohrer ist zu einem Kinderechtheitsheim umgewandelt worden und bereits in Betrieb genommen. Es können 30 Kinder darin Aufnahme finden. Das Heim, welches das ganze Jahr geöffnet bleibt, hat im ersten Stock die Tagestäume, im zweiten Stock die Schlafräume und im dritten Stock die Aufenthaltsräume für die Schweflern.

Die Wasserversorgung Willingsen. Zurzeit wird das Projekt einer Talperre im Möhlinbachtal im Willinger Stadtwald ausgearbeitet. Dieses soll nicht nur die Trinkwasserbereitung für die stark im Wachstum begriffene Stadt Willingsen sicherstellen, sondern auch die Versorgung der Schweflerstadt Schwenningen mit Trinkwasser bewältigen. Schwenningen ist dabei, die dringend der Verbesserung bedürftige Wasserversorgung auszubauen und hat sich dieserhalb auch mit Ludwigshafen am See in Verbindung gesetzt, um von dort aus durch eine Pumpleitung über Stodach und Tuttingen aus dem Bodensee Wasser zu erhalten. Das Wasser würde dort in 45 Meter Tiefe und in 300 Meter Entfernung vom Meer aus dem See genommen werden, wo es nach den Erfahrungen von Konstanz und Friedrichshafen völlig keimfrei ist. Die Kosten dieses Projektes würden außer einem Staatszuschuß von ca. 3,5 Millionen Mark betragen. Der Gemeinderat Schwenningen hat dieser Lage zur näheren Prüfung des Projektes selbst verschiedene Bodenseefräde aufgeschickt.

Bodenseefrädebundtheater. Unter der Bezeichnung Bodenseefrädebundtheater hat sich eine neue Bühne mit dem Sitz in Konstanz (Stadttheater) gebildet. Die Leitung der Bühne haben Regierungsrat Hermann L. Mayer, Leiter der Westdeutschen Bühne und der Spielleiter des Badischen Landes-Theaters und künstlerische Leiter der diesjährigen Hofentwiesenspiele, Friedrich Weig, gemeinsam übernommen. Die Spielzeit des Bodenseefrädebundtheaters beginnt am 29. September. Dank der Einbeziehung der Hofentwiesenspiele in das Bodenseefrädebundtheater ist es gelungen, eine Reihe von sehr begabten künstlerischen Kräften zu gewinnen. Der Spielplan umfaßt neben den Werken der Klassiker, denen eine intensive Pflege zuteil wird, zahlreiche interessante Erstaufführungen von Werken zeitgenössischer Autoren.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Wertheim, 12. Sept. Auf der Landstraße zwischen Freudenberg und Ronfeld wurden von der Gendarmerie vier maroff. Deserteur ausgegriffen und in Werheim in Gewahrsam genommen. Sie sind bei Worms in Abweisung über den Rhein geschmuggelt und von da durch den Oberrhein gewandert. Die Maroffaner, ein Leutnant und drei Unteroffiziere, erklärten bei ihrer Vernehmung, sie seien desertiert, um nicht von den Franzosen gezwungen zu werden, in Maroffo gegen ihre eigenen Landsleute zu kämpfen. Sie werden einer Zeugnismeldung zufolge auf dem Wagenbühler Hof bei Hohenfeld beschäftigt, bis das badische Ministerium über ihren Verbleib entschieden hat.

D.3. Wiesloch, 12. Sept. Zur Beseitigung der Wespennest hatte der Gemeinderat eine Belohnung von 50 M. für jedes eingetragene Wespennest ausgesetzt. Die Folge war ein allgemeiner Kampf unserer Jugend gegen die Wespen. In kurzer Zeit sind schon über 100 Wespennester eingeleert worden und der Kampf gegen das Insekt, das besonders auch den Weintrauben böse aufsetzt und gefährlich wird, wird eifrig fortgesetzt. Den Gemeinden, die unter Wespennest zu leiden haben, dürfte das Vorgehen zur Nachahmung angeraten werden.

D.3. Langensargen, 12. Sept. Gestern fand die Einweihung des neuerstellten Instituts für Seenforschung und Seehewirtschaft statt, wobei der Leiter des Instituts, Dr. Scheffelt, einen Vortrag hielt. Nachmittags war Vorführung des neu aufgenommenen Films „Die Bodenseefräde“. Das neue Institut enthält Räume für Fischzuchtapparate aller Systeme und für Aquarien, ein Laboratorium und einen großen Lehrsaal.

D.3. Buggingen, 10. Sept. Die Kolibaugeellschaft Buggingen hat in Reiterhofen Gelände erworben und wird demnächst mit dem Bau einer Anzahl neuer Wohnhäuser beginnen. Ebenso wurde auf der Gemarckung Buggingen mit der Erstellung einer Anzahl Wohnhäuser begonnen. Die Straße von Reiterhofen nach dem Bahnhof ist in letzter Zeit so bebaut worden, daß dort ein ganz neues Stadtviertel entsteht.

D.3. Bergzabern, 11. 9. Französische Infanterie der elsässischen Garnison Reichenburg hat kürzlich im Bezirk Bergzabern Feldübungen beabsichtigt und dabei Flurschäden verursacht. Da Truppen elsässischer Garnisonen nicht berechtigt sind, deutsches Gebiet zu überschreiten, handelt es sich bei dem Vorkommnis um eine flagranten Verletzung der deutschen Gebietshoheit.

W.2. Basel, 12. Sept. Prof. Dr. A. Räte von Königsberg, zurzeit Ordinarius an der Universität Greifswald, wurde zum ordentlichen Professor für lateinische Sprache und Literatur an der Universität Basel gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

„Karlsruher Herbsttage“ 1925. Unter dem umfangreichen Werbematerial, das zur Propaganda für die „Karlsruher Herbsttage“ herausgegeben wurde, kommt dem offiziellen Programm eine besondere Bedeutung zu. Fast alle Sparten, die mit einer oder mehreren Veranstaltungen an diesen Herbstdarbietungen beteiligt sind, haben in besonderen Aufsätzen auf die Absicht und den Zweck ihrer Veranstaltungen hingewiesen. Einen großen Raum nehmen in dieser vornehmlich ausgefüllten Broschüre die Beiträge berufener Persönlichkeiten des hiesigen Kunst- und Geisteslebens ein. Das badische Landes-theater, das Anfang Oktober eine Festwoche mit Uraufführungen und Reueinstudierungen in Oper und Schauspiel veranstaltet, beansprucht durch die Artikel von grundlegenden Bedeutung über die Stellung des badischen Landes-theaters und über die Probleme der modernen Opernregie besonderes Interesse. Daneben dürften aber auch die übrigen Aufsätze eine gute Orientierung nicht nur für den Ortsansässigen, sondern auch für den fremden Besucher über das badische Kulturleben bilden. Als rasches Nachschlagewerk bestimmt, sind auch die ständigen Sehenwürdigkeiten mit Angabe der Besuchszeiten, sowie die vollständigen Tagesprogramme aufgenommen worden. Es ist in den hiesigen Buchhandlungen und Reisebüros erhältlich.

Die Stadtannahmestelle für Erpreßgutsendungen. Die am 1. Mai ds. Jz. hier im Haus Douglasstraße Nr. 32 gegenüber der Hauptpost eröffnete Stadt-Expreßgutannahmestelle erfreut sich eines lebhaften Zuspruchs. Für die Geschäftswelt ist Gelegenheit geboten, Erpreßgutsendungen in gleicher Weise wie bei der Expreßgutannahmestelle im Hauptbahnhof hier aufzugeben, wodurch das Verbringen der Sendungen von den Geschäften der Stadt nach dem ziemlich entfernt gelegenen Hauptbahnhof dem Versender erspart bleibt. Die Fracht wird nach dem gleichen wie für den Hauptbahnhof gültigen Betrag erhoben, für die Überführung wird ein geringer Betrag der Stadtannahmestelle vom 15. September an ermäßigt, so daß von diesem Zeitpunkt an bei Sendungen bis zu 10 Kilogr. 5 Pfg., von 11 bis 50 Kilogr. 10 Pfg. und über 50 Kilogr. 20 Pfg. erhoben werden. Die Überführung geschieht regelmäßig zu den für die Expreßgutbeförderung in Betracht kommenden Tagen, so daß keine Verzögerung in der Beförderung gegenüber den beim Hauptbahnhof aufgegebenen Sendungen entsteht.

Labendiele. In der letzten Zeit ist in Baden-Baden, Heidenberg und Konstanz ein Diebespaar aufgetreten, das Juwelergeschäfte besucht, sich Sachen zum Kaufe vorlegen läßt und dabei Diebstähle ausführt. Beschreibung des Mannes: Etwa 24—26 Jahre alt, 1,60 Meter groß, unterseht, bartlos, dieses volles Gesicht (russischer Typ), dunkle lange Haare, vermutlich glatt gekämmt, hellen Anzug, ohne Hut, badischer Dialekt, spricht bei jedem Satz das Wort „beiläufig“. Beschreibung der Begleiterin: Etwa 23 Jahre alt, schlant, blaßes Gesicht, hellblonde Haare (Wubitopf), trug rotes Kleid. Um Mitteilung von Vorgängen ersucht das Landespolizeiamt Karlsruhe.

Badisches Landes-theater. Zu der am Sonntag, den 13. in neuer Einstudierung in Szene gehenden „Lohengrin“-Aufführung ist zu bemerken, daß die Oper zum ersten Mal seit Motil's Zeiten wieder vollkommen strichlos gegeben wird. Die musikalische Leitung hat Dr. Heinz Knoll, die szenische Leitung Oberregisseur Otto Krauß. Die Hauptpartien sind wie folgt besetzt: Elsa von Brabant: Malie Jang, Ortrud: Gedy Neacema-Brügelmann, Lohengrin: Theo Straß und König Heinrich: Dr. Hermann Wucherpfennig und Friedrich von Trkamund: Walter Barth, Heerrufer: Rudolf Weyrauch. — In der am Sonntag im Konzerthaus stattfindenden Erstaufführung des frühlichen Spiels in drei Akten „Der Narrenzettel“ von Julius Kohn sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen Clement, Ermarth, Frauendorfer, Genter und Noormann, sowie die Herren Herz, Müller, Rißl, Mag Schneider und Weber. Fröh Herz setzte das Stück in Szene. Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr.

Kammermusik-Abende kündigt die Konzertdirektion Kurt Reuffeld wiederum für den kommenden Winter an, nachdem bereits im Sommer der Abonnementsverkauf eröffnet worden ist. Es sind wieder die bedeutendsten Streichquartette gewonnen worden: Hofe, Klingler, das Gewandhaus-Quartett, das Böhmische Streichquartett, sowie das vor einigen Jahren hier mit großem Erfolg eingeführte Jila-Quartett. Auf vielfachen Wunsch wurden auch zwei Trio-Abende eingefügt: Busch-Serkin-Grüner und das Rogniat-Trio, das sich in der kurzen Zeit seines Bestehens in die erste Reihe der Kammermusikvereinigungen aufschwingen konnte. Den Beginn dieses Jklus wird Mittwoch, den 23. September das herrliche Künstlerpaar Adolf Busch und Rudolf Serkin mit einem Violinsonatenabend machen. Zur Wahrung des kammermusikalischen Charakters wurde diesem Sonatenabend das einzigartige Horntrio von Brahms eingefügt, bei welchem der neue erste Hornist unseres Landes-theaterorchesters, Herr Otto Krauß, mitwirken wird. In zwei weiteren Abenden werden ferner Bläser hinzugezogen, nämlich beim Hofe-Quartett zur Aufführung der berühmten Klarinetten-Quintette von Mozart und Brahms, sowie beim Gewandhaus-Quartett für das Septett von Beethoven und das Oktett von Schubert. Hierdurch, sowie durch eine reiche Abwechslung zwischen klassischen, romantischen, neuen und neuesten Werken, wird jedem Geschmack Rechnung getragen. Die Programme enthalten von Beethoven 5 Werke, Schubert 3 Werke, Mozart 2 Werke, Brahms 3 Werke, ferner je ein Werk von Bach, Gounod, Rameau, Dvorak (Streichquintett mit Kontrabaß), Mahanji, Schumann, Tschajkowsky, Borodin, Reger u. eine Uraufführung unseres heimischen Komponisten Kauter. — Wie uns die Konzertdirektion Kurt Reuffeld mitteilt, ist das Interesse für diese erklaffenden Kammermusikabende unvermindert reger, umso mehr als die sehr preiswerten Gesamtkarten auch in diesem Jahr ohne Erhöhung beibehalten worden sind.

Verschiedenes

Auffindung der Sawaflyer

Das amerikanische Wasser-Großflugzeug R. M. 91, das seit dem 2. September seit einem Flug von Kalifornien nach Hawaii über den Stillen Ozean vermisst wurde, ist aufgefunden und seine 5 Mann starke Besatzung lebend geborgen worden. Ein amerikanisches Unterseeboot hat das Flugzeug, das auf das Wasser niedergehen hatte müssen, entdeckt. Das Flugzeug trieb nach dem Absturz 218 Stunden lang auf dem Meer, wobei es eine Strecke von etwa 450 Meilen zurücklegte. Die Vorräte an Wasser und Nahrungsmitteln waren am fünften Tage nach dem Absturz zu Ende gegangen. Während der ganzen Zeit haben die auf dem Meere treibenden Piloten nur ein Handelschiff, das aber zu weit entfernt war, um die Notsignale merken zu können. Von den zur Suche ausgesandten Flugzeugen schickte die Besatzung nur eines und auch dieses verschwand sehr schnell wieder aus ihrem Gesichtskreis. Gegen die Kälte und Kälte schützten sich die Schiffbrüchigen durch ausgepannte Jeltpläne, die ihnen auch ermittelten, Regenwasser aufzufangen und ihren Durst zu stillen.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stande vom 10. September
Börse: Es gewinnt den Anschein, als ob die Börse in ihrem Anlauf, den sie nach einer langen Periode des Niedergangs und der Geschäftslahmheit genommen hatte, schon ermahet und eine allgemeine Unruhe mit ihrem Hören und Schwanen, die im letzten halben Jahr der Börse das Gepräge gegeben hatten, wiederkehren würde. Die politische Lage ist zwar ausichtsreicher als früher, vermochte aber bei der schwierigen und drückenden Wirtschaftslage nicht die entsprechende Anregung zu geben. Es hat sich gezeigt, daß der innere Reinigungsprozeß an der Börse doch noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Die Baissé-Partei wagte sich wieder stärker hervor. Besonders drückte, daß der Verlauf der Leipziger Messe entgegen den anfänglichen Erwartungen unregelmäßig und unbefriedigend war.
Geldmarkt: Die Geldmärkte sind ziemlich flüssig. Auch die internationalen Geldmärkte sind sehr leicht. Verringert haben sich die Ansprüche der Landwirtschaft, die sogar aus ihren Ernteerträgen Rückzahlungen vornehmen konnte. Bemerkenswert war am Geldmarkt das immer stärkere Auftreten öffentlicher Gelder, deren ausschlaggebende Rolle die Verbilligungsaktion der Reichsregierung mit unterstützt. Die Zentralreditinstitute haben mit der Ermäßigung der Zinssätze den Anfang gemacht. Die Reichsbank entwickelt sich weiter günstig und konnte nunmehr auch ihre Schuld bei der Rentenbank vollständig tilgen.
Produktenmarkt: Auf den Produktenmärkten war die Tendenz matt und die Preise gingen leicht zurück. Die Landwirte sind mit der Abgabe sehr zurückhaltend und wollen die volle Auswirkung der Einfuhrsperre abwarten. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 223 (minus 3), Roggen 173 (minus 5), Wintergerste 185 (unverändert), Sommergerste 254 (minus 5), Safer 188 (plus 3) Mark je pro Tonne und Mehl 34 (minus 1/2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Die Lage auf den Warenmärkten hat sich wenig gebessert, wie der unbefriedigende Verlauf der Leipziger Messe erwiesen hat, die auch in diesem Jahr stark unter der Wirtschaftslage zu leiden hatte. Die Preissteigerungsaktion der Regierung nimmt nur zaghaft ihren Anfang. Viele Waren haben aber erneut aufgeschlagen. Die Krise im Ruhrbergbau ist noch nicht beendet. Für den Winter sind weitere Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen zu befürchten. Die Lage auf dem Eisenmarkt hat sich gebessert. Auf den Güteaktionen blieben die Preise im wesentlichen unverändert.
Schmalz: Allen Preissteigerungsbestrebungen zum Trotz schreitet die Tendenz auf den Fleischmärkten weiter fort. Der Auftrieb zu den Schlachtmärkten war in dieser Woche etwas höher und die Preise zogen durchweg an.

Badisches Landestheater

Spielplan für die Zeit vom 12.—22. September 1925
Zu Landestheater:
Samstag, den 12. September. * G 1. Th.-Gem. 501 bis 600. Russische Komödienabend. 7 1/2 bis nach 10 Uhr. (5.20).
Zum 1. Mal: a. Er ist an allem Schuld. b. Die Heirat. Grotteske von Gogol. Komödie von Tolstoj.
Sonntag, den 13. September. A 2. Neu einstudiert: **Lohen-grin.** 6 1/2 bis gegen 11 Uhr. (8.40).
Montag, den 14. September. * Volksbühne 1: **Der Traum ein Leben.** 7 1/2 bis 10 Uhr. (5.20).
Der IV. Rang ist zum allgemeinen Verkauf freigegeben.
Dienstag, den 15. September. * C 2. Th.-Gem. 601 bis 700. **Der Wildschütz.** 7 1/2 bis gegen 10 1/2 Uhr. (7.40).
Mittwoch, den 16. September. * F 2. Th.-Gem. I. S.-Gr. **Der Freischütz.** 7 bis 10 1/2 Uhr. (7.40).
Donnerstag, den 17. September. * B 2. Th.-Gem. 701 bis 800. **Russische Komödienabend.** 7 1/2 bis 10 Uhr. (5.20).
a. Er ist an allem Schuld. b. Die Heirat.
Freitag, den 18. September. * D 2. Th.-Gem. II. S.-Gr.

Der Widerpenfigen Zähmung. (Oper). 7—10 Uhr. (7.40).
Samstag, den 19. September. * E 2. Th.-Gem. 801 bis 900. **Das Stützungsfest.** 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. (5.20).
Sonntag, den 20. September. * G 2. Th.-Gem. III. S.-Gr. **Neu einstudiert: Don Pasquale.** Komische Oper in 3 Akten von Donizetti. 7 1/2 bis nach 9 1/2 Uhr. (8.40).
Montag, den 21. September. * Volksbühne 1: **Der Traum ein Leben.** 7 1/2 bis 10 Uhr. (5.20).
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.
Dienstag, den 22. September. * A 3. Th.-Gem. 901 bis 1000. **Der Freischütz.** 7 bis 10 1/2 Uhr. (7.40).
Im städt. Konzerthaus:
Sonntag, den 13. September. * **Der Narrenzettel.** (Zum ersten Mal). Ein frühliches Spiel in 3 Akten von Pohl. 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. (4.20).
Sonntag, den 20. September. * **Der Narrenzettel.** 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. (4.20).
Zu den Preisen sind die Sozialabgabe und das Programmheft inbegriffen.
Vorrecht für Umtausch der Vorzugsarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugsarten am Samstag, den 12. September nachmittags 1/4 bis 5 Uhr; allgemeiner Vorkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 14. September an. Anlösung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Ausführung in der Geschäftsstelle (9 bis 1, 4 bis 6 Uhr).
Anmeldung von Neu-Abonnements und nähere Auskunft bei der Theaterkasse (Vorkauf).
Kassenszeiten: 10—1 und 1/4—5 Uhr. **10 Sinfoniekonzerte.** Leitung: Ferdinand Wagner. **Abonnementpreise** für 10 Konzerte M. 38.—, 34.—, 30.—, 26.—, 22.—, 18.—, die ersten 5 Konzerte 20.—, 18.—, 16.—, 14.—, 12.50, 7.— M. **Vorrecht** der vorjährigen Abonnenten bis einschließlich 19. September; **Neuabonnenten** vom 21. September an.
Während der Karlsruher Herbsttage:
Freitagswoche des Bad. Landestheaters vom 3.—11. Oktober 1925.



Änderung der Invalidenversicherungsbeiträge betr.
 Infolge Erhöhung der Renten sind die Beiträge zur Invalidenversicherung ab 28. September 1925 wie folgt geändert:
 bei wöchentlichem Bruttoverdienst
 bis 6 RM. in 1. Kl. = 25 Pf.
 von mehr als 6 RM. " 12 " " 2. " = 50 " "
 " " " 18 " " 3. " = 70 " "
 " " " 24 " " 4. " = 100 " "
 " " " 30 " " 5. " = 120 " "
 " " " 36 " " 6. " = 140 " "
 Für Versicherte, deren wöchentliches Entgelt 6 RM. nicht übersteigt, sowie für Lehrlinge muß der Arbeitgeber die vollen Beiträge entrichten.
 Bei freiwilliger Selbst- und Weiterversicherung muß schon vom 1. August 1925 an in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens in 2. Lohnklasse geklebt werden (je mehr und je höhere Marken, desto höher die Rente).
 Die bisherigen Beitragsmarken gelten nur bis 27. 9. 1925 und müssen spätestens am 15. 10. 1925 getauscht, geklebt und entwertet sein. Nach 15. 10. 1925 müssen alle rückständigen Beiträge nach den neuen Sätzen bezahlt werden.
 Von 28. 9. 1925 an sind somit zu versichern:
Dienstmädchen und Personal, dem freie Kost und Wohnung gewährt und keine Abzüge für Sozialversicherung gemacht werden, bei **ihrem Monatsverdienst:**
 in **Karlsruhe-Stadt** (Wert der Sachbezüge 10,50 M. wöchentlich)
 bei weniger als 30 RM. in 3. Kl. = 70 Pf. pro Woche
 bei 30 RM. bis weniger als 35 RM. in 4. " = 100 " "
 " 35 " bis weniger als 40 RM. in 5. " = 120 " "
 " 40 " und mehr 6. " = 140 " "
 im **Bezirk Karlsruhe-Land** (Wert der Sachbezüge 8,40 M. wöchentlich)
 bei weniger als 15 RM. in 2. Kl. = 50 Pf. pro Woche
 bei 15 RM. bis weniger als 20 RM. in 3. " = 70 " "
 " 20 " bis weniger als 25 RM. in 4. " = 100 " "
 " 25 " bis weniger als 30 RM. in 5. " = 120 " "
 " 30 " und mehr 6. " = 140 " "
 In niedere, verpatete und unterlassene Kleidung wird streng bestraft (§ 1488 ff. R. O.).
Kontrollbezirk VI der Landesversicherungsanstalt Baden-Weber.

Marktordnung für die Rindvieh-, Pferde- und Ferkelmärkte betr.
 Mit Zustimmung des Stadtrats und bezüglich des § 13 Abs. 1 auch des Bürgerausschusses der Landeshauptstadt Karlsruhe erhalten § 2 Satz 1 und § 13 Abs. 1 der Marktordnung für die Rindvieh-, Pferde- und Ferkelmärkte vom 3. Dezember 1921 mit sofortiger Wirkung folgende durch Entschließung des Herrn Landeskommissars hier vom 7. September 1925 für vollziehbar erklärte Fassung:
 § 2 Satz 1. Der Pferdemarkt findet an jedem 3. Montag und der Rind- und Ferkelmarkt an jedem 1. und 3. Mittwoch des Monats, der Ferkelmarkt jeden Dienstag statt. § 765
 § 13 Abs. 1. Für die Benutzung der Märkte werden folgende Gebühren erhoben:
 für ein Pferd, Maultier, Esel oder Fohlen (ohne Streu) 1.80 M.
 für ein Stück Großvieh (ohne Streu) 2.— M.
 für ein Ferkel 0.20 M.
 Karlsruhe, den 10. September 1925. D.-3. 132
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Wasserversorgung Rappenaу.
 Die Gemeinde Rappenaу vergibt im öffentlichen Angebotsverfahren die zur Herstellung des Rohrnetzes nötigen Arbeiten. Es sind hierzu — einschließlich Zulieferungen zu den Häusern — rund 4500 m Rohrgraben herzustellen und rund 4500 m Rohren mit 40—125 mm Durchmesser einschließlich Schieber und Hydranten zu verlegen. Angebote hierauf wollen bis Freitag den 25. September 1925, vormittags 10 Uhr, bei dem Gemeinderat Rappenaу eingereicht werden. Pläne und Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer der unterzeichneten Stelle zur Einsicht auf; von da können auch Angebotsformulare bezogen werden. 8749
 Heidelberg, 10. Sept. 1925.
Bad. Kulturbauamt.

Badisches Landestheater
Sonntag, 13. September 1925
 A 2.
Neu einstudiert: Lohengrin
 In drei Akten von R. Wagner.
 Musikalische Leitung: Dr. Heinz Anbl.
 In Szene gesetzt von D. Krauß.
 Personen:
 Heinrich der Bögler Dr. Bucherpfennig
 Elsa Frau Straß
 König Friedrich Frohmann
 Herzog Gottfried Trohmann
 Telramund Wirth
 Ortrud Brüggemann
 Heerkrüger Abprausch
 Siegfried
 Erabantsche Kainbach
 Ritter Wöber
 Lanber
 Gähner
 Kämmer
 Ratterhof
 Hagl
 Edelfnaben
 Anfang 6 1/2, Ende gegen 11 Uhr
 Sprechf. I M. 8.40
Montag, 14. September 1925
 Volksbühne 1.
Der Traum ein Leben
 Dramatisches Märchen in vier Aufzügen von F. Grillparzer
 In Szene gesetzt v. F. Baumbach
 Personen:
 Rastub Herz
 Mirza Albrecht
 Auzan Daphn
 Janga v. d. Trenk
 König von Samarcand Herz
 Königinn Gilmare Moeller
 Der alte Kaleb Belter
 Karhan Brand
 Der Mann vom Felsen Vied
 Altes Weib Frauendorfer
 König. Kämmerer Schneider
 Hauptmann Hoff
 Anführer Weber
 Dienerin Gilmare's Bromer
 Anfang 7 1/2, Ende 10 Uhr
 Sprechf. I M. 5.20
Der 4. Rang ist zum Verkauf für das allgem. Publikum freigegeben.

Sonntagsruhe während der „Karlsruher Herbsttage 1925“
 Anlässlich des am 12. und 13. September 1925 in Karlsruhe stattfindenden „Südwestdeutschen Heimattages“ dürfen die Ladengeschäfte der Stadt Karlsruhe am Sonntag den 13. September 1925, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 4—6 Uhr nachmittags offen gehalten werden. B.764
 Karlsruhe, den 11. September 1925. D.-3.133
Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Spartakassenleiter
 mit sofortiger Wirkung neu zu besetzen. § 673
 Bewerber müssen bereits in leitender Stellung an Spartakassen tätig gewesen sein, oder mindestens zehn Jahre Praxis mit Erfolg nachweisen können. Die Vergütung erfolgt nach Gruppe VIII der R. O. bei freier Wohnung.
 Bewerbungen wollen bis **15. September ds. J.** bei der Bezirksparlatte Adelsheim eingereicht werden.
Der Verwaltungsrat der Bezirksparlatte Adelsheim.

Verkauf von Sachen
 B.746.22. Bruchsal. In Sachen der am 10.7.24 in Kronau geborenen **Waltraud Mächel**, uneheliches Kind der ledigen Zigarbeiterin Vertha Mächel in Kronau, Mäglerin, vert. d. das Bezirksjugendamit Bruchsal als Amtsvormund, gegen den Rechtsanwalt **Benedikt Gramlich**, früher in Ehningen, z. Zt. an unbekanntem Orten, Weh. wegen Unterhalts.
 Es wird Urteil dahin beantragt werden:
 Der Beklagte wird verurteilt, an Klägerin zu Händen ihres Vormunds z. Zt. Bezirksjugendamit Bruchsal als Amtsvormund, eine in vierjährlicher Raten voranzuzahlbare Unterhaltsrente von monatlich 25 Mark, vom Tage ihrer Geburt bis zur Vollendung ihres 16. Lebensjahres zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
 Das Urteil wird für vorläufig vollziehbar erklärt. Termin zur Güteverhandlung über diesen Antrag ist auf: **Dienstag, 17. November 1925, vorm. 9 Uhr**, bestimmt.
 Zu diesem Termin ist der Weh. hiermit geladen.
 Bruchsal, 8. Sept. 1925.
Verichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
 Die Gebühren für die Überführung von Expresgutposten von der Stadtannahmestelle — Douglasstraße Nr. 32 — nach dem Hauptbahnhof hier werden herabgesetzt und betragen vom 15. September ds. J. an für Gewichtsmengen bis zu 10 kg 5 Pf., von 11 bis 50 kg 10 Pf., und über 50 kg 20 Pf. B.763
 Karlsruhe, d. 9. Sept. 1925
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Reichsbahndirektion Karlsruhe.

Gläubiger
 der aufgelösten Firma **Bad. Elektrizitätsgesellschaft Lang & Cie., G. m. b. H.** in Unterhandlungen haben ihre Ansprüche bei dem unterzeichneten Liquidator anzumelden. B.780.3.1
 Den 10. September 1925.
Notar a. D. J. Kider in Unterhandlungen.

Gejucht
 wird vom Bezirksfürsorgeverband **Tauberbischofsheim** für die Verarbeitung der Geschäfte der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine in der Kriegsbeschädigtenfürsorge bewanderte Person zu alsbaldigem Eintritt. Bezahlung nach dem Reichstarif für Angestellte vorrzt Gruppe IV. B.779
 Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen binnen einer Woche an den **Bezirksfürsorgeverband Tauberbischofsheim.**

Städtisches Konzerthaus
Sonntag, 13. September 1925
 Zum erstmalig:
Der Narrenzettel
 Ein frühliches Spiel in drei Akten von Julius Pohl
 In Szene gesetzt von Fritz Herz
 Personen:
 Franziska Brühl Frauendorfer
 Peter Nidel Müller
 Kathrin Erntant
 Josef Clement
 Meier Herz
 Danzer Hoff
 Gagger-Julle Noormann
 Postkathl. Genter
 Kapeller Weber
 Meijger Weber
 Anfang 7 1/2, Ende 9 1/2 Uhr
 Partet I M. 4.20